

# kons**PIRAT**iv



S.W.I.F.T ABKOMMEN DER EU MIT DEN USA

EINE KURZE GESCHICHTE ÜBER DAS  
ENDSTADIUM DER MODERNEN KERNTÉCHNIK.

Liebe Leserinnen und Leser

**AHOI Piraten ...**

In unserem Landesverband Niedersachsen hat sich strukturell in den letzten Wochen viel getan. Die Verbände schießen wie Pilze aus dem Boden und wir haben einen neuen Landesvorstand, der das junge und aktive Team seit kurzem tatkräftig leitet. Wir können gespannt sein, mit welchen Ideen und Aktionen wir im nächsten Jahr aus Niedersachsen rechnen können.

Mit dieser Erstaussgabe der neuen PIRATEN Zeitung wollen wir viermal jährlich wachrütteln, informieren und zur Diskussion einladen.

Wenn ich mir aber die bundespolitische Großwetterlage anschau, ist mir trotz der schönen Jahreszeit gar nicht festlich zumute. "Offizielle" 3,23 Millionen Arbeitslose, ein Höchststand an Firmenpleiten, der Mittelstand der langsam austrocknet und das trotz Staatsmilliarden an unsere Banken, um deren Pleite abzuwenden, und eine immer wieder neue Beschneidung der Bürgerrechte. Das SWIFT-Abkommen aber auch die Entscheidung des ZDF-Verwaltungsrats, den Vertrag mit Chefredakteur Nikolaus Brender nicht zu verlängern, kann man nur scharf kritisieren. Es ist ein Skandal, wie selbstherrlich sich die CDU Mehrheit im ZDF-Verwaltungsrat einfach über die im Grundgesetz verankerte Rundfunkfreiheit hinweg gesetzt hat. Roland Koch und Angela Merkel meinen offensichtlich die Empfehlung des ZDF-Intendanten genauso mit Füßen treten zu können, wie die verfassungsrechtlichen Bedenken von sage und schreibe 35 führenden Verfassungsrechtlern – die sich anscheinend alle irren – und rund 38.000 Bürgern die per Unterschriftenaktion für Nikolaus Brender votierten. Die fatale Botschaft lautet: Wir lassen den Bürgern nur die Informationen zukommen, die uns genehm sind. Wieder einmal ist dieses Vorgehen ein Beweis einer Politik, die nicht am Bürger, sondern am Interesse der Partei oder Einzelnen ausgerichtet ist.

Fehler macht jeder – selbst bei den großen Parteien - und scheitern ist nicht schwer. Wir wollen in dieser Zeitung darauf aufmerksam machen, auch laut aufschreiben und Lösungswege aufzeigen, denn es zählt wie wir aus dieser Krise unsere zweite oder auch dritte Chance nutzen.

In unserer Titelgeschichte stellen wir das SWIFT-Abkommen vor und unsere ganz persönliche Meinung. Aber auch der Bildungstreik, der unsere Jugend derzeit auf die Straßen treibt und die Atomüll-Debatte sollen beleuchtet werden. Wir wollen aber nicht nur kritisieren, sondern auch Mut machen mit beispiellosen Aktionen wie den Nachtwanderern aus Bremen. Wir, die PIRATEN, wollen der Anwalt der Bürger in Stadt und Land sein.

Ich freue mich über jeden Leserbrief und wünsche Euch viel Spaß an den Stammtischen Eurer Region, sowie Mut und Kraft, die Dinge anzupacken, die unser Land verändert.

Viel Spaß mit den PIRATEN News.

Patrick Linder  
Redakteur und Herausgeber  
<http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:PatrickLinder>

**S.W.I.F.T Abkommen der EU mit den USA**

**Sicherheitsabkommen oder Wirtschaftsspionage?  
Auf jeden Fall ein Datenschutz-Verstoß par excellence.**

Zunächst einmal, was bedeutet S.W.I.F.T.? Swift ist die Abkürzung für „Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication“ - zu Deutsch, es ist eine 1973 gegründete Genossenschaft der Banken, die ein weltumspannendes Telekommunikationsnetz betreibt, über das Nachrichten und Beträge zwischen Banken, Börsen und anderen Finanzinstituten ausgetauscht werden.

Täglich laufen derzeit etwa Beträge von etwa über 5 Milliarden Euro über die Server der Swift Gesellschaft. Zusätzlich zu den europäischen Servern betrieb die Swift bisher auch Server in den USA..



Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hat die USA begonnen, die Server der SWIFT in den USA anzuzapfen und sich dort inoffiziell Daten herauszuziehen, um nach eigenen Angaben, daraus Erkenntnisse für die Transaktionen von Terrorverdächtigen zu sammeln. Zunächst war dieses „Anzapfen“ unbemerkt geblieben und flog erst 2006 auf. Seit dem füttern die USA ab und zu die europäischen Verbündeten mit Informationen, die den Wert für die Terrorbekämpfung belegen soll, um so die Europäer zum Verbündeten der „illegalen Abhörung“ zu machen.

Um dieses Abzapfen zu verhindern, sollten zum 31.12.2009 die SWIFT-Server aus den USA abgezogen werden. Das war natürlich ein Dorn im Auge der USA und so schickte sie sich an, per Gesetz eine Erlaubnis zum Auswerten der Daten einzufordern und erhöhte den Druck auf Europa.

Explizit geht es um die Weitergabe aller Transaktionen, die zwischen Europäischen Staaten und Nichteuropäischen Staaten stattfinden. Dabei handelt es sich um alle persönlichen Daten vom Empfänger und vom Absender der Zahlung, wie Kontonummern, Bankverbindungen, Wohn- oder Firmenanschriften und Personalausweisnummer.

Trotz massiven Widerstandes von europäischen Datenschützern, sowie Banken und den Parteien wurde das Abkommen einen Tag vor in Kraft treten des Lissabon-Vertrages vom Europarat durch gewunken, da es als sicher galt, dass es einen Tag später, wenn das Europaparlament darüber hätte abstimmen können, keine Mehrheit mehr bekommen hätte.



Länder wie Deutschland, Österreich und Ungarn hatten bis zuletzt eine Blockade im Europarat angekündigt, sind dann allerdings kurz vor der Abstimmung am 30. November zurückgerudert und haben sich enthalten.

Aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26.10.2009:

„Bei den Verhandlungen zum SWIFT-Abkommen werden wir uns für ein hohes Datenschutzniveau (strikte Zweckbindung, Löschung der Daten, klare Regelungen bezüglich Weitergabe an Drittstaaten) und einen effektiven Rechtsschutz einsetzen. Ein automatisierter Zugriff auf SWIFT von außen ist auszuschließen. Die Übermittlung der Daten wird an Tatbestandsvoraussetzungen geknüpft und aufgrund einer Bedrohungs- und Gefährdungsanalyse eingegrenzt. Die Menge der zu übermittelnden Daten ist möglichst gering zu halten. Das Abkommen ist unter Ratifizierungsvorbehalt zu stellen.“

Trotz dieser Verankerung im Koalitionsvertrag zwischen den regierenden Parteien und des im Vorfeld der Wahlen massiven Getöses seitens der FDP, den Datenschutz und die Bürgerrechte stärken zu wollen, hat sich der deutsche Innenminister Thomas de Maizière (CDU) bei der Abstimmung im EUInnenministerrat enthalten. Wobei eine Gegenstimme gereicht hätte, um das Abkommen zu blockieren. Eine stark protestierende Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) schien öffentlich komplett allein da zu stehen. Der Parteichef Guido Westerwelle, der großspurig vor der Wahl gegen solche Gesetze gewettert hatte, schien medial abgetaucht zu sein.

Die Begründung für die Stimmenthaltung von de Maizière war schlicht: „Ein nicht vollständig befriedigendes Abkommen ist besser als kein Abkommen.“ Und „die Beziehung zu Amerika ist im Kampf gegen den Terrorismus nicht zu belasten“. Für die Bürgerrechte hat diese Aussage eine Art Kollateralschaden-Akzeptanz.

Nun ist das Abkommen beschlossen und gilt zunächst für 9 Monate, wobei diese Zeit genutzt werden soll, um ein neues differenziertes Nachfolge-Abkommen zu erarbeiten. Datenschützer warnen davor, dass keine Kontrolle darüber existiert, was die US-Behörden mit den Daten machen und an wen diese Daten weitergereicht werden.

Wirtschaftsverbände fürchten, dass dieses Element auch durchaus äußerst effizient zur Wirtschaftsspionage benutzt werden könne und so Details zu Geldflüssen auch amerikanischen Unternehmen zugutekämen.

Unter Erinnerung an die „Auftragsschacherei“ an amerikanische Politikernahe-Unternehmen kurz nach Beginn des Irak-Krieges und ebenso der interessanten Entwicklung der Opel – Krise durch das Verhalten amerikanischer Pleite-Konzerne, weiß man, wie sehr politische und wirtschaftliche Interessen in Amerika zusammengehören.

Die informationelle Selbstbestimmung über die eigenen Daten ist so nicht mehr gegeben, denn niemand weiß, wo die Daten zur eigenen Überweisung landen und wer entsprechende Akten und Daten über einen selbst führt. Durch eine Weitergabe an Staaten, die nicht einem

strengen Datenschutz unterliegen, ist alles möglich. Wobei ja bekanntermaßen auch innerhalb der EU - Länder, so auch in Deutschland, der Datenschutz Stück für Stück demontiert wird, alles unter dem Deckmantel des Terrorismus.

Ein Gutes hat es allerdings, statt vorher illegal, darf die USA nun die Daten dank des Innenministerrates völlig legal verwenden.

Durch die Medien ist diese Abstimmung und diese Problematik leider so gut wie nicht gelaufen, daher sollte es unsere Bürgerpflicht sein, jeden über diese Abstimmung und über das Mitlesen der USA und eventuell auch durch die gesamte Welt von unseren persönlichen- und finanziellen Daten zu informieren, es sollte unsere Pflicht sein, für mehr Transparenz und informationelle Selbstbestimmung zu kämpfen.

Patrick F.

Redakteur und Herausgeber

[http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:Patrick\\_F](http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:Patrick_F)

## Landesparteitag gegen Extremismus

### PIRATEN distanzieren sich...

Am 14.11. und 15.11. fand in Hannover der 4. Landesparteitag der Piratenpartei, Landesverband Niedersachsen statt. Neben der Wahl eines neuen Vorstands, standen sowohl verschiedene politische Themen, wie auch einige Satzungsänderungen auf der Tagesordnung. Als wichtiges Signal nach außen verabschiedete die Versammlung u.a. eine Resolution gegen Extremismus.



„Mit dieser Resolution wollen wir uns nochmals klar und deutlich von jeder Form des Extremismus distanzieren“, sagte der neue Vorstandsvorsitzende Jens-Wolfgang Schicke, „obwohl es bereits explizit in unserer Satzung steht, ist doch in den letzten Tagen und Wochen immer wieder klar geworden“, so Schicke weiter, „daß sowohl in der Öffentlichkeit, wie auch unter den Piraten selber, das Bedürfnis nach einem derartigen, deutlichen Signal sehr groß ist. Diesem Bedürfnis wollten wir nachkommen“.

Christopher Lang

Pressesprecher PIRATEN-Partei / Niedersachsen

[http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:Christopher\\_Lang](http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:Christopher_Lang)

## Entlassung des ZDF-Chefredakteurs

### ZDF wird schwarz

Berlin, 27. November 2009: Es ist ein durchregneter Tag, nicht nur für das ZDF, sondern auch für die Rundfunk- und Pressefreiheit in Deutschland. Nicolaus Brender wird an diesem Tag nach langer Diskussion von der CDU-Mehrheit im ZDF Verwaltungsrat entlassen.

Doch wer ist dieser Nicolaus Brender eigentlich? Geboren am 24. Januar 1949 in Freiburg im Breisgau gilt er als unabhängiger Kopf, der seine Kollegen schon einmal an ihre journalistischen Grundregeln erinnert. Für ihn war immer wichtig, die politischen Geschehnisse ohne Sympathien zu der einen oder anderen Partei zu sehen.



Brisante Themen kritisch zu beleuchten waren ihm nicht nur ein Anliegen sondern ein Markenzeichen. Mit diesem Verhalten machte er sich natürlich nicht nur Freunde und vor allem seine kritische Berichterstattung ist der CDU, vertreten durch Roland Koch, schon lange ein Dorn im Auge. So prangerte er nicht nur den „langweiligsten Wahlkampf der Republik 2009“ an, sondern scheute auch nicht, über die „Ackermann-Feier im Kanzleramt“ zu berichten. Roland Koch machte zwar in der letzten Zeit durch Äußerungen auf sich aufmerksam - es ging ihm angeblich nur um den mangelnden Erfolg der ZDF-Informationssparte und um deren Quoten, mit teilweise äußerst fadenscheinigen Argumenten - doch bei näherer Betrachtung wird klar: Es geht mehr um politische Interessen, die bis tief ins Kanzleramt gehen. Brender hatte beispielsweise darum gebeten, dass Wünsche oder auch Kritik künftig schriftlich von Politikern geäußert werden. Dadurch wollte er Versuche der Einflussnahme der Politik auf öffentlich-rechtliche Programm-Macher dokumentieren.

Der ZDF Verwaltungsrat, der eigentlich den Haushalt des Senders überwacht, sollte nach Artikel 5 des Grundgesetzes staatsfern, also unabhängig, sein. Tatsächlich aber setzt sich der Verwaltungsrat aus 14 Mitgliedern zusammen, die sich politisch wie Roland Koch (CDU) oder Kurt Beck (SPD), einordnen lassen. Die SPD ist mit 2 Ministerpräsidenten vertreten, die CDU mit vier, doch auch die weiteren Mitglieder sollten zwar verschiedene gesellschaftliche Gruppen vertreten, doch auch sie gehören eigentlich alle der CDU oder der SPD an bzw. sympathisieren mit der einen oder anderen Partei. Somit kann eigentlich nicht von einem unabhängigen Gremium im

Sinne des Grundgesetzes gesprochen werden, sondern es muss von einer politischen Einflussnahme zum Nachteil der Pressefreiheit ausgegangen werden.

Diese Praxis könnte nun auch in anderen Bundesländern Schule machen. Und sollte das Bundesverfassungsgericht dies durchgehen lassen, könnten die anderen Sendeanstalten schon bald vor einem ähnlichen Problem stehen. Denn das Medium Fernsehen kann nicht nur Macht sichern, sondern auch Meinungsbildner sein. Doch warum wird von den anderen Parteien nicht sofort vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt? Man könnte folgendes vermuten: Was bei dem einen geht, das kann ja dann im eigenen Land genauso gemacht werden. Eine Aufteilung der Rundfunkanstalten zwischen den Parteien.

Es ist ein Skandal, wie selbstherrlich sich die CDU-Mehrheit im ZDF-Verwaltungsrat einfach über die im Grundgesetz verankerte Rundfunkfreiheit hinweg gesetzt hat. Roland Koch und Angela Merkel meinen offensichtlich, die Empfehlung des ZDF-Intendanten genauso mit Füßen treten zu können, wie die verfassungsrechtlichen Bedenken von sage und schreibe 35 führenden Verfassungsrechtlern – die sich anscheinend alle irren – und rund 38.000 Bürgern die per Unterschriftenaktion für Nikolaus Brender votierten. Die fatale Botschaft lautet: Wir lassen den Bürgern nur die Informationen zukommen, die uns genehm sind. Wieder einmal ist dieses Vorgehen ein Beweis einer Politik, die nicht am Bürger, sondern am Interesse der Partei oder Einzelnen ausgerichtet ist.

Der Verfassungsrichter a.D. Dieter Grimm meinte dazu im Spiegel: „Es ist ein Fehler, dass gerade die außerparteilichen Vertreter nicht unabhängig bleiben. So haben die Parteien leichtes Spiel.“ Aber auch der ehemalige WDR-Chef Pleitgen meinte: „Das hat mit Staatsferne nichts mehr zu tun. Das ist ein Fall

für das Verfassungsgericht.“

Auch wir sollten uns von diesem Vorgehen distanzieren und einen politisch unabhängigen Verwaltungsrat fordern, beziehungsweise, jegliche Bemühungen, eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einzuleiten, unterstützen.

Patrick Linder  
Redakteur und Herausgeber

<http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:PatrickLinder>